Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 39. Dienstag, den 1. April. 1862.

Thorner Geschichts-Kalender.

1. April 1629. Anton Peterson wird zum Stadt-Ingenieur ernannt und in Pflicht genommen.
„ „ 1813. Ein Versuch der städtischen Besatzung, 6 Kähne mit Belagerungs-Geschütz durch einen Brander in die Luft zu sprengen, mißlingt; 1 polnischer Kanonier und 3 Steuerleute kamen dabei um's Leben.
2. „ 1504. König Alexander von Polen kommt hieher und empfängt die Huldigung der Stadt.
„ „ 1556. Edikt gegen Diejenigen, welche ohne Wissen des Bischofs und ohne Genehmigung des Raths, das Predigtamt in Privat-Häusern ausüben.

König, — oder Parlament?

Die ministerielle Sternzeitung und nach ihr Alle, welche dem neuen Ministerium anhängen, zeihen die Majorität des aufgelösten Abgeordnetenhauses der Absicht, daß dieselbe „die Fülle der Gewalt von der Krone auf das Abgeordnetenhaus habe übertragen" wollen. Demnach sollen sich die Urwähler, sowie die Wahlmänner vor der Entscheidung bei den Wahlen die Frage vorlegen: Soll in Preußen der König, oder das Parlament regieren? — und dann selbstverständlich einem Anhänger des heutigen „einheydtlichen" Ministeriums die Stimme geben.

Das Wahlmanöver ist ohne Frage sehr dumm und plump; aber wir wollen es doch nicht unbeachtet lassen.

Wer den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses selbst nur flüchtig gefolgt ist, muß eingestehen, daß die liberale Majorität desselben nicht im Entferntesten daran gedacht hat, irgend ein Recht der Krone an sich zu reißen, oder dieselbe unmittelbar, oder mittelbar zu beschränken. Diese Majorität hat weder Minister, Offiziere und Beamte warnen, noch den Oberbefehl über Heer und Flotte an sich reißen, weder Krieg ankündigen, noch Frieden schließen, noch sonst Rechte, welche der Kroninhaber allein laut der Verfassung auszuüben hat, dem Könige entziehen wollen. Das Gerede also, besagte Majorität habe die Rechte der Krone beschränken wollen, ist ein leeres reaktionäres Gewäsch.

Trotzdessen wollen wir uns die Frage: **Wer soll in Preußen regieren, der König oder das Parlament?** — vorlegen und beantworten, und zwar mit den trefflichen Worten, in welche ein Mitglied des aufgelösten Abordnetenhauses, Herr Prince-Smith, seine Antwort in Stettin a. 25. d. gekleidet hat. Seine Antwort lautet:

„In einem konstitutionellen Staate ist diese Frage unmöglich; denn gerade um eine solche Alternative unmöglich zu machen, wird eine monarchisch-repräsentative Verfassung errichtet. Diese Verfassung wahrt vor Allem der Krone die ungetheilte gesetzliche Handhabung aller Exekutivgewalt. Sie organisirt aber auch eine Volksvertretung, welche vom ganzen Lande gewählt und die politische Willensmeinung desselben äußernd, nothwendig eine große, wenn auch nur geistige und moralische Macht darstellt. Diese Volksvertretung kann nun nicht dazu organisirt sein, um dem über dieselbe hinwegsehenden Belieben der Krone fortwährend ein Stein des Anstoßes zu sein und Konflikte zwischen Krone und Volk zu veranlassen, denn dann wäre sie die verwerflichste aller Einrichtungen. Die Volksvertretung wird organisirt, damit der Monarch auf sie sehend, ihre Einsicht bei seinen Rathschlüssen, ihre Macht bei seiner Aktion benutze, — und nicht überlassen sei dem einseitigen Rathe einzelner im Hofkreise erzogener Günstlinge, und der Amtsführung von Ministern, die sich zumeist durch Fügsamkeit empfehlen. Die monarchisch-repräsentative Verfassung kann überhaupt nur dann eine haltbare und gedeihliche Staatsform sein, wenn die Krone sie so benutzt, wie sie allein zu benutzen ist; wenn nämlich die Krone ihr Ministerium stets aus Männern bildet, denen die Majorität der Landesvertreter anhängt, und dadurch stets die überwiegende Kraft des Volkes auf ihre Seite stellt. Ein Konflikt zwischen Krone und Volk, eine Staatskrisis wird dadurch unmöglich; höchstens kommt eine Parlamentskrisis vor, wenn es nämlich streitig wird, ob die Majorität des Volks wirklich noch hinter der Parlaments-Majorität steht oder nicht, und dies wird durch eine Auflösung leicht entschieden. Ist solchergestalt der verantwortliche Rath der Krone und die Administration unzertrennlich von der parlamentarischen Majorität, dann giebt es im Parlamente nicht mehr eine der Regierung dienstbare und eine als der Regierung feindlich geltende Partei, sondern zwei sich abwechselnde Regierungsparteien, die eine zur Zeit im Amte, die andere einstweilen außer Amte; die konstitutionelle Opposition fordert dann nichts, ohne sich erst zu fragen, ob sie dann, wenn sie wieder an die Reihe der Amtsführung kommt, dabei die Geschäfte des Landes führen könnte; — die volle Verantwortlichkeit des Ministeriums legt der Opposition eine gleich volle Verantwortlichkeit auf. Ist diese Auffassung des einzigen vernünftigen Sinnes konstitutioneller Einrichtungen erst durchgedrungen, dann steht die Regierung in unerschütterlicher Würde, Verehrung und Macht, über alle inneren Konflikte erhaben da, sie hat in der Volksvertretung eine stets feste Stütze, welche aber, um fest stützen zu können, in sich fest sein muß, — denn bekanntlich stützt nur das, was widersteht. Daß solche Auffassung des Konstitutionalismus endlich durchdringen werde, dafür bürgt uns die Logik der Thatsachen, und die jetzige Verwickelung, indem sie allerseits zu einer eingehenden Prüfung des Wirkens unserer Verfassungsmaschine nöthigt, wird die Aufklärung darüber fördern, wie sie zu handhaben sei, damit Unfälle wie der gegenwärtige vermieden werden. Eine solche Handhabung herbeizuführen, und die Maschine so zu vervollkommnen, daß sie bei richtiger Handhabung das Beste leiste, dies war und ist das klar bewußte Streben der Fortschrittspartei im aufgelösten Abgeordnetenhause. Sie bleibt eben so fest als ruhig auf ihrem Wege, an dessen Richtigkeit kein Zweifel in ihr durch die jüngsten Ereigniße erregt werden konnte. Der Ausgang der Neuwahlen wird zeigen, in wiefern noch das Land ihr beistimmt.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 29. März. Man wird sich erinnern, daß bei der Wiederbesetzung des Postens eines Ministers des Königlichen Hauses sich das Augenmerk des Hofes bereits auf Herrn v. Auerswald lenkte, welcher indessen nicht geneigt schien, die Stellung des Staats- und Hausministers zu vereinigen. Herr v. Schleinitz erhielt den Posten auf seinen Wunsch nur provisorisch, und behielt sich vor, bei ehester Gelegenheit wieder in die Diplomatenlaufbahn zurückzutreten. Jetzt hat man den früheren Plan wieder aufgenommen, es ist der besondere Wunsch des Königs, daß Herr v Auerswald eine seiner Person möglichst nahestehende Beziehung und Stellung erhalte nnd es schweben in diesem Augenblicke Unterhandlungen, deren Ausgang von dem Gesundheitszustand des Herrn v. Auerswald abhängig gemacht worden ist. — Die „Kölnische Zeitung" schreibt in ihrem letzten Leitartikel: Es ist im Lande vorläufig kein wesentlicher Gegensatz zwischen Fortschrittspartei und constitutioneller Partei, so wenig, wie zwischen Hagen und Kühne ein wesentlicher Gegensatz war. Vor jedem anderen und weiteren Parteistreite will das Land, so viel wir seine bisherigen Aeußerungen verstehen, jetzt die große Probe machen, ob Preußen eine wirkliche Verfassung hat, deren Rechte sich auch in der Anwendung haltbar erweisen, oder nicht. Auf den Besitz von Schaugerichten, an denen man sich die Zähne bricht, wenn man hineinbeißt, oder von Spielwaffen, die selber zerbrechen, sowie man sie zum Ernste gebrauchen will, legt ein mündiges Volk keinen Werth. Das Land wird seine Wahlen, wenn nicht Alles trügt, diesmal mit ebenso unbeugsamer Entschlossenheit wie kühler Ruhe vornehmen. Wenn das neue Ministerium die „Rechte der Krone" sich zum Schilde vorhalten will und wenn es ganz grundlose Beschuldigungen über uns ausgießt, können wir das nicht als Wohlwollen empfinden, brauchen aber doch auch nicht darob zu erbleichen. Nur für die vom Ministerium abhängigen Beamten wird der Kampf bedenklich. In Beziehung darauf aber antwortet das Land mit der Parole: — Wir wählen nirgends einen Staatsbeamten zum Wahlmanne und nur mit Vorsicht einen solchen zum Abgeordneten. Wir wissen es, daß wir an der Schwelle eines langen, schweren, unerquicklichen Kampfes stehen, — das Ende dieses Kampfes aber, so hoffen wir zuversichtlich, wird nicht nur ein liberales Ministerium, sondern auch ein mündiges und seiner Freiheit werthgewordenes Volk zeigen!" — Die von Alzey über die bayerische Grenze hinüber gemaßregelte Versammlung der Nationalvereinsmitglieder zeichnete sich in einigen Reden durch große Erbitterung aus, welche Empfindung eben nur die Folge jener durchaus ungerechtfertigten Maßregel war. Einer der Redner sagte unter Anderem: Einige deutsche Fürsten hätten es nachgerade dahin gebracht, daß der anfangs so gehaßte Napoleon in Deutschland fast noch mehr geliebt werde als in Frankreich, und daß man sich schon allenthalben mit dem Gedanken vertraut mache, in ihm bald den Befreier Deutschlands zu sehen, wie man in ihm den Befreier Italiens gesehen hat. — Die Stelle wurde von der Versammlung mit einem ungeheuren Beifallssturme aufgenommen. Mein Gott, ist es denn wirklich schon dahin gekommen? Und durch wessen Schuld? — Die Speculation wird bereits durch die Voraussetzung geleitet, daß die Conversion der 4½ % Anleihen von 1850 und 1852 nicht gelingen werde. Der Widerstand, der dieser Maßregel von Seiten der Börse entgegengesetzt wird, macht sich in der weitesten Ausdehnung bemerkbar. Es sind uns Fälle bekannt, in welchen die angesehensten Wechsler großen Capitalisten der Provinzen den Rath ertheilt haben, ihre Anleihen zu verkaufen, da sie nach Ablauf des Conversionstermins (30. April) mit Sicherheit den Rückkauf zu wohlfeilerem Preise glauben in Aussicht nehmen zu können. — Den 29. Der „Staatsanzeiger" macht bekannt, daß der Zinsfuß von den auf Sachverhandlungs-Obligationen belegten Kapitalien von 3⅓ pCt. auf 2½ pCt., nur vom 1. Sept. d. J. ab, herabgesetzt wird. Diejenigen Besitzer derartiger Obligationen, welche auf die Zinsenherabsetzung nicht eingehen wollen, erhalten ihr Capital, vom 1. Sept. d. J. zurück. — Den 31. Es ist außer Zweifel, daß der österreichische Einfluß bei unserer gegenwärtigen Regierung großen Vorschub gewonnen, das Einverständniß in der kurhessischen und dänischen Frage war die Vorbereitung dazu. Die deutsche Politik Preußens wird, trotz-

dem man gegentheilige Aeußerungen vielleicht demnächst aus unserm auswärtigen Amt hören wird, wohl vorläufig in dem, was am meisten Noth thäte, ganz in Stillstand gerathen. Dagegen könnten Verwickelungen herbeigeführt werden, die für Preußen, besonders in der gegenwärtigen Lage seiner inneren Angelegenheiten, nicht willkommen geheißen werden können. Die Vorgänge in Italien und im Süden sind für die österreichische Politik ein neuer Sporn zu neuen Versuchen, Preußen mit ihrem Interesse aufs engste zu verbinden. Was wir von solcher Gemeinschaft zu erwarten hätten, muß uns mit ernsten Besorgnissen erfüllen. — Die „Berl. Abg. Ztg." schreibt: Das neue Ministerium beginnt mit einem Wahlmodus, der eins der wichtigsten und höchsten Bürgerrechte, die Wahlfreiheit der Beamten, in einer Weise in Frage stellt, wie es selbst unter Herrn von Westphalen nicht geschehen war. Dies Verfahren scheint uns nicht conservativ, sondern destructiv; und im conservativen Interesse, im Interesse eines starken, mit dem Volke in Liebe und Eintracht verbundenen Königthums, werden wir auf das Entschiedenste Front machen gegen ein Ministerium, welches um ein augenblickliches Unbehagen zwischen der Krone und einem Theil des Volks zu beseitigen, uns durch sein Auftreten, auch ohne seine Absicht, mit einem Conflikt bedroht, der vielleicht nicht wieder zu heilen wäre.

Dresden, 29. März. Das heutige „Dresdener Journal" meldet, daß der König dem vormaligen Kapellmeister Richard Wagner die straffreie Rückkehr nach Sachsen bewilligt habe.

Coburg, 25. März. Laut telegraphischer Depesche von Cairo vom gestrigen Tage gehen Se. Hoheit der Herzog heute zu Schiffe nach Massua ab.

Frankfurt a. M., 27. März. In der heute stattgehabten Sitzung des Bundestags wurde der Antrag des Ausschusses, der Verwahrung gegen die von Dänemark beschlossene Einverleibung Schleswigs sich anzuschließen, angenommen. — Der Gesandte von Kurhessen gab im Auftrage seiner Regierung eine Erklärung wegen des österreichisch-preußischen Antrages ab.

Frankreich. Die offiziellen Madrider Blätter versichern, die Vertreter der drei Mächte in Mexiko hätten Auftrag erhalten, in ihren Unterhandlungen mit der dortigen Regierung die Unabhängigkeit der Republik Mexiko ausdrücklich anzuerkennen. Die Kandidatur des Erzherzogs Maximilian scheint hiernach wenig Chancen mehr zu haben.

Großbritannien. In der Sitzung des Oberhauses am 25. d. Mts. erklärte Lord John Russel, daß das Schicksal Polens zwar die Sympathie Englands errege, daß aber letzteres niemals zu einer Intervention gerathen, sondern nur gegen das Verfahren Rußlands remonstrirt habe. Den russischen Beamten fehlte Mäßigung, er hoffe aber nach gewissen Anzeichen, daß Rußland den Polen beträchtliche Concessionen bewilligen werde, sobald Rußland selbst größere Freiheiten erhalten habe. — Bei einem vor Kurzem zu Cambridge stattgefundenen Meeting der Bibelfreunde wurde Folgendes über die Königin erzählt: „Der Seelsorger von Osborne besuchte neulich einen alten kranken Mann im Kirchspiel. Als er an's Krankenbett trat, fand er an demselben eine Frau, die in tiefer Trauer gekleidet war und dem Kranken aus einem Buche vorlas. Schon wollte er sich zurückziehen, als die Frau ihm zurief: „Bitte, bleiben Sie, ich möchte dem Kranken nicht des Trostes berauben, den ihm ein Diener Gottes gewähren könnte." Mit diesen Worten verließ die Trauernde die Stube. Auf dem Bette fand der geistliche Herr ein Buch, darin Stellen aus der heiligen Schrift, die auf Kranke Bezug haben. Aus diesem Buche hatte die Dame dem alten Manne eben vorgelesen. Es war die Königin Victoria."

Italien. In Venetien herrscht große Aufregung und es finden nationale Kundgebungen selbst in Gegenwart des Kaisers Franz Joseph statt. — Die „Monarchia nazionale" erklärt die von der „Italie" gebrachte Nachricht von einer bevorstehenden Ministerveränderung für falsch und unbegründet. — Das Decret, welches der König Victor Emanuel am 22. März Morgens unterzeichnet hat, ordnet nicht blos die Verschmelzung der Südarmee mit der regulären Armee an, sondern enthält zugleich die Bestimmung, daß ein siebentes Armee-Corps, das wie die anderen aus vier Divisionen bestehen wird, gebildet werden soll. Garibaldi erhält den Ober-Befehl über dieses Armee-Corps, dessen Cadres aus den Offizieren der jetzigen Südarmee gebildet werden. — Durch eine Mailänder Depesche vom 24. März wird gemeldet: „Der Mailänder Clerus hat Garibaldi eine Adresse überreicht, um denselben zu ersuchen, er möge ihm die Unterstützung der Regierung gegen die Verfolgungen verschaffen, denen er von Seiten der päpstlichen Behörden wegen seiner Liebe zum Vaterlande ausgesetzt sei." Wohl nicht zufällig brachte gerade einige Tage zuvor das „Diritto" folgende zwei offene Briefe Garibaldis an die italienische Geistlichkeit zur Oeffentlichkeit:

„**An die italienischen Priester!** Eine erhabene Mission liegt den wahren Priestern Christi ob. Ohne ihr Gewissen als Italiener zu verleugnen, können sie nicht Mitschuldige dessen bleiben, was in Rom zum Nachtheile der heiligen Sache unseres Landes geschieht. Mögen sie daher muthig in die Bresche der Rechte der Menschheit treten, mögen sie in die Tiefe ihrer Seele, dieses göttlichen Ausflusses, steigen, um sie nach ihren Pflichten zu befragen, und mögen sie endlich das heilige Wort der Religion der Wahrheit unter der Menge verbreiten! Sie werden stolz darauf sein, daß sie das Gute gethan haben, und das dankbare Vaterland wird ihre Namen unter diejenigen seiner heroischen Söhne schreiben, welche es von der Knechtschaft befreit haben. Turin, 5. December 1861. G. Garibaldi."

Der andere Aufruf lautet:

„**An die italienischen Priester!** Ich will nicht von Fehlern sprechen. Wenn ich mich an die Volksmengen wende, so führe ich das Wort des Evangeliums an: Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein. Daher sei Eintracht auch zwischen uns, wenn Ihr es wollt. Aber handelt rechtschaffen, denn bis jetzt habt Ihr nur das Unrechte gethan. Ihr habt aus Rom eine Höhle reißender Thiere gemacht, die begierig sind nach der Vernichtung Italiens. Ich hege leider die Ueberzeugung, daß Ihr die Cardinäle dem Verderben nicht entreißen könnt. Aber thut es, wenn Ihr es könnt. Sonst rufen nach allen vier Himmelsstrichen, daß Ihr keine Gemeinsamkeit haben wollt mit den Bösen, daß Ihr Italiener seid, daß Ihr wenigstens die Priesterschaft Ungarns, Polens, Griechenlands, Chinas, den Wilden Amerikas nachahmen wollt, wo der Priester seine Wiege, seine Eltern, seine Mitbürger nicht verleugnet, sondern ihnen vorkämpft für die Unabhängigkeit des Vaterlandes. Möge der italienische Priester von der Kanzel herab das heilige Wort der Befreiung des Vaterlandes und der Verdammung des Vaticans aussprechen. Dann wird er zuerst den Lohn seines Gewissens erhalten und dann auch den Beifall und die Dankbarkeit von Millionen Menschen. Erneuert das alte Christenthum, daß die Selbstverleugnung, die gegenseitige Verzeihung und das heilige Dogma der Gleichheit der Menschen als Grundsätze aufstellte. In dieser Weise können wir Euch als Brüder aufnehmen. Genua, 12. März 1862. G. Garibaldi."

— Am 27. hat der Papst in der Minervakirche nach der Heiligsprechung von drei Jesuitenmärtyrern eine Ansprache gehalten, worin er die weltliche Macht des Papstthums als nicht zum Dogma gehörig proclamirt hat. Die Wahrung der Unabhängigkeit sei nothwendig. — Nach Pariser Nachrichten ist der Papst anhaltend krank. Seine geistigen und körperlichen Kräfte sollen sehr abgenommen haben.

Griechenland. Nach Berichten aus Athen v. 22. d. hatten daselbst unter dem Vorsitze des Königs zwei Ministerconseils stattgefunden. In deren Folge ist der den Rebellen in Nauplia bewilligte Waffenstillstand um 48 Stunden verlängert und General Hahn mit neuen Instruktionen nach dem Lager vor Nauplia abgesandt worden. Man glaubt, daß der König den Aufständischen Amnestie bewilligt habe. Sonst herrschte überall Ruhe. — Aus Syra wird gemeldet: Nauplia hat sich ergeben. Die nicht amnestirten Häupter des Aufstandes haben sich geflüchtet.

Rußland. Petersburg, den 26. März. Auch hier fängt es an sich mächtig zu regen. 112 Adlige aus dem Gouvernement Twer haben am 14. Februar dem Kaiser eine Adresse überreicht, in welcher sie um Abschaffung der Adelsvorrechte, eine zweite, in welcher sie um Kontrole der Staatsfinanzen, Unabhängigkeit der Tribunale und Oeffentlichkeit bei den Gerichten, Berufung einer National-Versammlung nachsuchen. Die Antwort der Regierung war, daß auf diese kühnen Rathschläge der Generaladjutant Annenkow nebst einer außerordentlichen Commission nach Twer gesandt wurde und zunächst die 112 Unterzeichner der Adresse verhaftete. Dreizehn wurden alsdann nach Petersburg auf das berüchtigte Fort Petropawlowsk gesandt. Diese Dreizehn hatten nämlich in ihrer Eigenschaft als Friedensrichter die Adresse öffentlich den Bauern vorgelesen, weil die Regierung auszusprengen suchte, die Adresse sei gegen die Interessen des Volkes gerichtet. — Die amtliche Zeitung bringt ein Kaiserliches Dekret, welches mehrere Erleichterungen und Vereinfachungen in der bisher ausgeübten Censur anordnet. Es ist eine Commission ernannt worden, welche die Preßgesetzgebung einer Revision unterziehen soll. Die Censur der von wissenschaftlichen Gesellschaften herausgegebenen Werke ist abgeschafft.

— Warschau, 24. März. Von Petersburg ist durch gestern eingegangene Depesche das Urtheil über Herrn Schlenker dahin festgestellt worden, daß er auf vier Monate nach der Festung Modlin zu gehen hat.

Amerika. Aus New-York, v. 17. März eingetroffene Berichte melden, daß Mac Clellan eine Ansprache an die Armee am Potomac gehalten und ihr angezeigt habe, daß der Moment zum Handeln gekommen sei. Die Konföderirten hätten am 3. März 90,000 Mann in Manassas und im Ganzen 150,000 Mann gehabt; die sie in Zeit von 24 Stunden um Manassas konzentriren konnten. Ein Theil der föderalistischen Flotte ist den Mississippi herabgegangen.

Provinzielles.

Strasburg, den 26. März. Unser Abgeordneter Hr. v. Hennig hat durch seine Wirksamkeit als solcher das Vertrauen seiner Wähler in solchem Grade erworben, daß seine Wahl unbezweifelt feststeht.

Marienwerder, den 26. März. Der Consistorialrath und Pfarrer Liedtke hat im vorigen Jahre zu der Reparatur des Doms einen Beitrag von 1500 Thlr. gezeichnet. Jetzt hat derselbe sich erboten, statt des dicht am Dome belegenen Pfarrhauses an einer geeigneteren Stelle und aus eigenen Mitteln ein neues zu erbauen, das nach seinem Tode der Kirchengemeinde als Eigenthum zufallen soll. Durch den Abbruch des alten Pfarrhauses würde der Dom freigelegt und ein geräumiger Platz für den Marktverkehr gewonnen werden. Zur Durchführung dieser gemeinnützigen Absicht haben auch die Stadtverordneten 1000 Thlr. bewilligt. — Den 28. Einige Anhänger der Fortschrittspartei haben ihre Gesinnungsgenossen Behufs Besprechung der Wahlen zu einer Versammlung auf den 2. April eingeladen. Die Aufforderung sollte auch das hiesige Kreisblatt verbreiten. Die Beilage desselben enthielt sie schon, als der Herr Landrath Graf Rittberg aber sie erblickte, befahl er deren Entfernung. Das Blatt mußte von neuem gedruckt werden.

Marienburg. Vor einiger Zeit ist auf der von hier nach Dirschau führenden Landstraße, zwischen den Ortschaften Kunzendorf und Gnojau, ein schweres Verbrechen verübt worden. Die Einwohnerfrau Habermann aus Kunzendorf hatte einen Brief nach Caldowo getragen und war auf dem Rückwege nach ihrem Wohnorte begriffen, als sie von einem ihr nachfolgenden Manne plötzlich mit den Worten: „Hier muß Gewalt für Recht gebraucht werden" — angefallen, zur Erde geworfen, mit Gewalt geschändet, dann zur Herausgabe ihres Geldes aufgefordert und, da sie kein Geld besaß, ihres Regenschirmes und eines Tuches mit einem Stücke Fleisch beraubt wurde. Ein bald darauf vorüberreitender Gensdarm fand die mißhandelte Frau auf der Straße sitzen, setzte, von der Unthat unterrichtet, dem Manne nach und traf ihn in Gnojau noch im Besitze des Tuchs mit dem Fleische. Er war, wie sich ergab, der Arbeiter Georg Thimm aus Neumark, der sofort zur Haft gebracht ist und eine Zuchthausstrafe von 10 bis 20 Jahren zu erwarten hat.

Elbing, den 26. März. Die Bildung eines preußischen Volksvereins als Agitationsmittel der rothen Reaktion hat hier durch den Zusammentritt des Vorstandes begonnen. Als Hauptheld und Anführer wird der pensionirte Major v. Baczko genannt, wahrscheinlich folgt ihm die ganze Brüderschaft von Schustern und Junkern, die schon bei der vorigen Wahl uns hier ergötzt hat. Wie weit durch das Rescript des Ministers auch die Beamten sich zu einer Betheiligung bestimmt fühlen werden, ist abzuwarten.

Danzig, den 28. März. Die erwartete Broschüre über „das Recht der Vor- und Anbautenbesitzer in Danzig" von Herrn Dr. jur. Neumann ist nunmehr in A. W. Kafemann's Verlag erschienen. Der Inhalt zerfällt in folgende Hauptrubriken: 1) das Recht des Staats, im öffentlichen Interesse in Privatrechte einzugreifen; 2) Ausübung dieses Rechts in den Städten durch die Polizeibehörde; 3) Klagen der Vor- und Anbautenbesitzer wegen der Beschränkung oder Aufhebung ihres Privatrechts an Vor- und Anbau; 4 das Privatrecht der Vor- und Anbautenbesitzer; 5) der Entschädigungsanspruch derselben. Die hauptsächlich benutzten Quellen sind, chronologisch geordnet, specifiesch angegeben. Den Zweck der Broschüre giebt der Herr Verfasser dahin an: die in dieser verwickelten Frage bei Entschädigungsprozessen zur Sprache kommenden Rechte dem Laien wie dem Rechtskundigen klar zu legen, letzterem insbesondere dort, wo ihm die Kenntnißnahme und Anwendung der Danziger Lokalrechte und aller sonst in deren Gebiet einschlagenden Gesetze ferner steht und weniger geläufig ist. Das Resultat der Untersuchungen ist die Aufstellung des Grundsatzes: „Wenn ein Vor- oder Anbautenbesitzer in seinem Privatrechte an Vor- resp. Anbau durch die Polizeibehörden im Interesse der Stadtgemeinde beeinträchtigt wird, so muß die Stadtgemeinde ihn dafür völlig entschädigen." Seine etwaigen Gegner in die-

ser Sache fordert Herr Neumann im Vorwort auf, ebenfalls quellenmäßig diesen Stoff durchzuarbeiten.

Danziger Nehrung, 27. März. So glücklich und gefahrlos auch immer der Eisgang dieses Frühjahr für das Werder ablaufen dürfte, um so viel trüber sieht es bei uns in der Nehrung aus. Durch die Eisstopfungen in der Danziger Weichsel hat sich das Wasser auf einem andern Wege Luft gemacht und zwar in die Nehrung hinein; unsere ganze Binnennehrung, mit Einfluß sämmtlicher Kämpen, steht unter Wasser und zwar hat der Wasserstand diesmal nicht bloß eine Höhe erreicht, welcher demjenigen im Jahre 1855 gleichkommt, sondern ihn womöglich noch übertrifft. Das Wasser ist nun allerdings seit gestern bereits um einige Fuß gefallen, aber der starke Frost von 4 bis 5 Grad Reomir, welcher gerade da mehrere Nächte am stärksten eintrat, als das Wasser im fortwährenden Steigen war, hat die ungeheure Wasserfläche mit einer Eisdecke von 2 bis 3 Zoll Stärke überzogen. Wenn nun auch endlich das Wasser sich verläuft, so bleibt doch diese starke Eisdecke auf den Feldern liegen und dürfte die Wintersaat dadurch bedeutenden Schaden erleiden. Nur heiße Sonnenstrahlen und ein anhaltender warmer Regen wären im Stande, diese alle Staaten erstickende Last zu entfernen. (D. Z.)

Memel. In einigen auf der kurischen Nehrung gelegenen Dörfern ist in diesem Winter durch das Aufhören des einzigen Erwerbszweiges, der Fischerei, eine unbeschreibliche Noth ausgebrochen, die man seit langer Zeit in unserer Provinz nicht erlebt hat. In ungeheizten Räumen fand man die Menschen fast nackend auf Stroh zusammengekauert, in dumpfer Verzweiflung bei dem Mangel an Nahrung sich dem Tode weihend. Die Behörden haben für augenblickliche Hülfe gesorgt und auch die Wohlthätigkeit der Stadt und des Kreises zur Beisteuer aufgefordert.

Bromberg, den 22. März. Bekanntlich besteht bei der Verwaltung der Ostbahn schon seit längerer Zeit das auch anderwärts übliche Verfahren der Prämienzahlung für gemachte Ersparungen an Brenn- und Schmiermaterial. Neuerdings ist, wie wir hören, auch eine Prämienzahlung für die Entdeckung von Fehlern an den Wagenachsen, Radreifen ꝛc. eingeführt und sind die Prämien möglichst hoch normirt. Eine solche Prämienzahlung liegt nicht blos im Interesse der Verwaltung, daß fortan fehlerhafte Betriebsmittel vor größerem Schaden bewahrt bleiben, sondern bietet auch indirect eine größere Sicherheit für das reisende Publikum, da sich annehmen läßt, daß fortan jeder Schaden möglichst früh von den betreffenden Beamten entdeckt werden wird, so daß größere Unfälle vermieden werden, sofern sie nicht aus andern Ursachen hervorgerufen werden. — Neuerdings ist Seitens der Ostbahn-Direction eine Anzahl Feldmesser ꝛc. engagirt, die dazu verwandt werden sollen, die Vermessung mehrerer Eisenbahnprojecte vorzunehmen. Man hört, unter diesen Linien Danzig-Cöslin und Insterburg-Tilsit nennen. Die Anzahl der Eisenbahnstationen in der Provinz Preußen wird in diesem Jahre um eine vermehrt werden, es ist das die frühere Haltestelle Wittmannsdorf, zwischen den Städten Mühlhausen und Brausberg. (D. Z.)

Lokales.

Zu den Wahlen. Es wird der „Danz. Zeit." aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß der Termin für die Wahl der Wahlmänner auf den 28. April c., der für die Wahl der Abgeordneten auf den 6. Mai c. festgesetzt ist.

— **Ueber den Ankauf** des Herrn Handelsministers in unserer Provinz, den wir schon neulich mittheilten, berichtet die „B. und H.-Ztg." Folgendes: Der Minister v. d. Heydt hat die Raudnitz'schen Güter, zwischen Deutsch Eylau und Osterode belegen, für 1 Million 350,000 Thlr. angekauft. Die bisherigen Besitzer waren die Commerzienräthe Gebrüder Bittrich aus Königsberg und deren Vetter, Herr Schlemmer. Bei dem Areal von ca. 590 culmischen Hufen oder à 67½, also 40 Tausend Magdeburger Morgen stellt sich der Preis per Hufe auf ca. 2280 Thlr., oder auf ca. 33¾ Thlr. per Magdeburger Morgen, was in Rücksicht des schönen Bodens und des wohlbestandenen Waldes eine gute Rente in Aussicht stellt. Hierzu kommt die günstige Lage dicht neben den durch die bekannten schiefen Ebenen schiffbaren Oberländischen Seen und dem Drewenzfluß, und eine sehr rationell betriebene Branntweinbrennerei.

— **Weichsel-Passage.** Der Frühling, welcher als ein willkommener Gast freudig von aller Welt begrüßt wird, giebt anderseits bei uns zu alten Klagen Ursache, welche vom Winter für einige Wochen beseitigt waren. Der Winter hatte eine schöne Eisbrücke über den Strom gebaut und die Passage über denselben war sehr lebhaft, weil bequem, sicher und zu jeder Tageszeit ausführbar. Der Frühling hat die Eisbrücke zerstört und fortgeführt, dadurch auch dem Verkehr eine Kommunikation genommen, welche die seit gestern, den 29. d., aufgestellte und seit heute, den 30., dem Verkehr übergebene fliegende Fähre nicht vollständig ersetzt. Der Abgang einer solchen Eisbrücke weckt jedesmal, so auch jetzt, namentlich unter den Gewerbetreibenden, das Begehren nach einem festen Weichselübergange und regt zu Klagen über ihren Mangel an. Der Wiederbau einer soliden Pfahlbrücke ist der Wunsch fast aller Geschäftsleute, von welchen mehre uns den thatsächlichen Beweis lieferten, daß sich ihr Absatz sehr wesentlich gemindert hat, weil ihre ehemaligen jenseitigen Kaufgäste vom jenseitigen Ufer seit der Zeit, da die Pfahlbrücke nicht wieder aufgebaut ist, selten an unseren Platz kommen und ihre Waarenbedürfnisse in Bromberg befriedigen. Ist die Nichtwiederherstellung der Pfahlbrücke auch nicht die einzige Ursache des verminderten Waarenabsatzes nach Kujavien, sondern hat hiebei der Umstand, daß Bromberg mit dem europäischen Eisenbahnnetz früher als Thorn in Verbindung kam und eher als dieses eine Chaussee nach Inowraclaw erhielt, so ist doch nicht abzuleugnen, daß der Mangel eines festen und jederzeit passirbaren Stromüberganges keineswegs ohne nachtheilige Folgen für den hiesigen Verkehr nach allen Seiten hin geblieben ist. Sah sich doch noch jüngst der Besitzer eines hiesigen Herrengarderoben-Geschäfts, Herr D., veranlaßt, um den Wünschen seiner Kundschaft in Kujavien vollständig zu entsprechen und auswertiger Konkurrenz zu begegnen, in Inowraclaw eine Commandite zu etabliren. Der Wiederaufbau einer Pfahlbrücke ist, wie gesagt, ein allgemeiner Wunsch der hiesigen Gewerbetreibenden und mit Rücksicht auf denselben findet auch, nebenher bemerkt, das Bau-Projekt im Ziegelei-Park, dessen Nützlichkeit und relative Nothwendigkeit man anerkennt, keinen allgemeinen Anklang. Für ein Luxusbedürfniß soll die respektable Summe von 8500 Thlr., so hörte Ref. sich Viele äußern, verwendet werden, während es zweckmäßiger wäre dieselbe zum Bau einer Brücke, zur Befriedigung eines dringendsten Verkehrsbedürfnisses zu reserviren.

— **Musikalisches.** Am Sonnabend den 28. hörten wir im Saale der Ressource zur Geselligkeit Frln. Hildegard Kirchner, die, und zwar mit Recht, vielbelobte Violin-Virtuosin, deren Stern am musikalischen Künstlerhimmel im Aufsteigen begriffen ist. Die junge, anmuthige Künstlerin trug vor: Beriot's 7. Konzert, Reber's Wiegenlied, Reverie von Vieuxtemps und Alard's Saltarella. Der Anerkennung, welche ihr auswerts zu theil geworden ist, können *wir* mit vollem Herzen beistimmen. Frl. K. hat eine tüchtige Schule durchgemacht, das bekundete der Vortrag jeder Piece. Der Bogenstrich ist fest und graziös, die technischen Schwierigkeiten wurden mit Sicherheit und Leichtigkeit überwunden, der Vortrag war korrekt und seelenvoll. Ganz besonders sprach uns das Reber'sche Wiegenlied und Alard's Saltarella an. Das zahlreiche Auditorium wünschte Frl. K. recht bald wieder zu hören. Schließlich können wir nicht umhin den beiden geehrten Dilettantinnen, welche die Güte hatten die Konzertgeberin durch Gesangsvorträge zu unterstützen, hiefür unseren besten Dank auszusprechen, da sie zu dem schönen Eindruck, welchen das Konzert bei allen Zuhörern hinterlassen hat, wesentlich beigetragen haben.

— **Zum Verkehr.** Nach Verfügung des Herrn Handelsministers v. d. Heydt zerfallen die Telegraphirungsgebühren für einfache Depeschen (von zwanzig Worten) innerhalb des preußischen Staats-Telegraphen-Gebietes (das sich theilweise auch durch andere deutsche Staaten, also über den preußischen Staat hinaus erstreckt) vom ersten April d. J. ab nur in zwei Kategorieen, die der Entfernung unter und über 10 Meilen entsprechen. Bis zu 10 Meilen Entfernung beträgt die Gebühr 8 Sgr.; über 10 Meilen 16 Sgr. Der Einheitssatz von 8 Sgr käme für Thorn beispielsweise bei Telegrammen nach Bromberg, Culm, Graudenz, Marienwerder Inowraclaw, nach allen übrigen preußischen Staats-Telegraphen-Stationen der doppelte Satz von 16 Sgr., zur Anwendung.

— **Schulangelegenheiten.** Am Montag den 31. März, fand unter Vorsitz des Königl. Schulraths Herrn Dr. Schrader das Abiturienten-Examen statt, zu welchem sich 3 Schüler der Gymnasial-Prima gemeldet hatten und erhielten dieselben das Zeugniß der Reife.

— **Theater.** Die Winter-Saison endete am Montag den 31. März, mit der letzten Gastvorstellung des Hrn. und Fr. Böttcher. Das besetzte Haus anerkannte auch heute mit reichen Beifallsspenden die Tüchtigkeit der Gäste, welche stets, so oft sie aufgetreten waren, eine überaus zahlreiche Zuschauerschaft um sich versammelt hatten. Mit dem Wunsche, daß den Genannten überall die Anerkennung zu theil werden möchte, die sich dieselben hierorts erworben haben, verbinden wir die Notiz, daß die hiesigen Theaterfreunde es sehr gern sehen würden, Hrn. und Fr. Böttcher recht bald auf der hiesigen Bühne begrüßen zu können.

Inserate.

Heute früh 6½ Uhr starb hierselbst nach langem schwerem Krankenlager unser geliebter Bruder der Kreisgerichts-Aktuarius **Herrmann Eichstaedt** in einem Alter von 30 Jahren. Diese, für uns sehr betrübende Nachricht, allen Freunden und Bekannten desselben mit der Bitte um stille Theilnahme.

Thorn, den 31. März 1862.

Die hinterbliebenen Geschwister.

Die Beerdigung findet am Donnerstage den 3. April cr. Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause statt.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Mittwoch, den 2. April c., Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: Bericht des Lehrers Hrn. Ottmann über die Ausbildung zweier jüngerer Lehrer im Turn-Unterrichte. — Anschläge und Zeichnung zur Errichtung eines neuen Spritzenhauses. — Lizitations-Verhandlung über Vermiethung der bisherigen Bähr'schen Pfefflerküchlerbude im Rathhause. — Bewilligung einer Wohnungs- und Holzentschädigung für den zweiten Lehrer der Knabenfreischule. — Anschläge zur Trockenlegung der Klassenzimmer der Mädchenfreischule. — Rückäußerung des Magistrats auf den Stadtverordneten-Beschluß wegen Einstellung der Gehalts-Zahlung an die Stadthebamme. — Entwurf des Statuts der neu zu begründenden städtischen Kriegsschäden-Kasse. — Benachrichtigung des Magistrats von der Besetzung der Försterstelle im Smolniker Revier. — Vorlage des Magistrats in Bezug auf die Allerhöchst verordnete Herabsetzung des Zinsfußes der Staats-Anleihe von 1850 auf 4%. —

Thorn, den 30. März 1862.

Der Vorsteher **Kroll**.

Morgen, Mittwoch, den 2. April:

Sechstes und letztes

Abonnement-Concert

im Saale des Schützenhauses.

Anfang 7 Uhr. Entree 5 Sgr.

E. v. Weber, Musikmeister.

Turn-Verein.

Die vierteljährliche Neuordnung der Riegen hat stattgefunden. Zum Eintritt, besonders für Anfänger, ist dies der geeignetste Zeitpunkt. Geturnt wird **Montags, Donnerstags, Freitags 8 Uhr Abends.**

Der Vorstand.

Herr *Leon* wird die Ehre haben, vor seiner Abreise von Thorn, noch zwei Vorstellungen, und zwar im Freien zu geben. Wo? besagt die nächste Nummer dieses Blattes. Er bietet 15 Thaler Prämie demjenigen, welcher im Stande ist, ihn mit zwei Pferden von der Stelle zu bewegen.

Das Nähere besagen die Anschlagezettel.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich am hiesigen Platze unter der Firma:

David Levy

Altst. Markt Nro. 436 im Hause des Herrn Moses Kalischer.

ein Manufactur- und Leinen-Waaren Geschäft

eröffnet habe. Vortheilhafte Einkäufe versetzen mich in den Stand den Ansprüchen eines geehrten Publikums zu genügen und indem ich um Vertrauen bitte verspreche ich bei reeller Bedienung die billigsten Preise.

David Levy.

Einem geehrten Publikum mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich vom 3. d. Mts. ab, am hiesigen Orte eine

Parfümerie- Seifen- Licht- und Oel-Handlung

errichtet habe und bitte um geneigten Zuspruch.

A. v. Blumberg.

Uhrmacher Leetz

Brückenstraße neben dem schwarzen Adler emfiehlt sein Uhrenlager in großer Auswahl zu billigen Preisen. Uhrenreparaturen werden gut und billig ausgeführt. Patent-Gläser zu Cylinder- und Anker-Uhren kosten nur 5 Sgr.

Hierdurch zeige ich ganz ergebenst an, daß ich mein **Gepäckträger-Institut** und **Informations-Büreau** dem Herrn *Wilkens* käuflich überlassen habe, und bitte ich das mir geschenkte Vertrauen auf genannten Herrn übertragen zu wollen.

Achtungsvoll

Ferd. Berger.

Bezugnehmend auf obige Annonce werde ich mich bestreben dem Vertrauen zu entsprechen und bemerke, daß ich das Geschäft unter der bisherigen Firma *Ferdinand Berger* fortführe.

Thorn, den 1. April 1862.

Hochachtungsvoll

Wilkens.

Marktbericht.

Thorn, den 31. März 1862.

Bei den von Auswärts täglich weichenden Preisen, und der sehr geringen Zufuhr wurde nach Qualität bezahlt:

Weizen: Wispel 48 bis 72 thlr., der Scheffel 2 thlr. bis 3 thlr.
Roggen: Wispel 36 bis 44 thlr., der Scheffel 1 thlr. 15 sgr. bis 1 thlr. 25 sgr.
Gerste: Wispel 26 bis 34 thlr., der Scheffel 1 thlr. 2 sgr. 6 pf. bis 1 thlr. 12 sgr. 6 pf.
Erbsen: (weiße) Wispel 32 bis 44 thlr., der Scheffel 1 thlr. 10 sgr. bis 1 thlr. 25 sgr.
Hafer: Wispel 20 bis 22 thlr., der Scheffel 25 sgr. bis 27 sgr. 6 pf.
Kartoffeln: Scheffel 13 bis 16 sgr.
Butter: Pfund 7 bis 8 sgr.
Eier: Mandel 3 sgr. 6 pf. bis 4 sgr. 4 pf.
Stroh: Schock 6 bis 7 thlr.
Heu: Centner 16 bis 20 sgr.

Die Nachfragen nebst Bestellungen für Futter-Saaten sind nur mäßig.

Danzig, den 29. März 1862.

Getreide-Börse: Außer 27 Lasten Weizen 127, 128/9pfd. rothbunt zum Theil stark mit Wicken besetzt á fl. 515, vom Speicher, wurden am heutigen Markte nur 15 Lasten verkauft.

Agio des Russischen-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 19 pCt. Russisch Papier 19½ pCt. Klein Courant 15 pCt. Alte Silberrubel 11 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Neue Kopeken 15 pCt. Alte Kopeken 9 pCt.

Amtliche-Tages-Notizen.

Den 29. März. Temperatur Wärme: 10 Grad. Luftdruck: 27 Zoll 5 Strich. Wasserstand: 11 Fuß 2 Zoll. Warschau, den 27. März 12 Fuß 2 Zoll. Laut telegraphischer Depesche vom 28. März, angekommen den 27. März.

Den 30. März. Temperatur Wärme: 8 Grad. Luftdruck: 27 Zoll 6 Strich Wasserstand: 9 Fuß 10 Zoll.

Den 31. März. Temperatur Wärme: 2 Grad. Luftdruck: 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand: 9 Fuß. 2 Zoll.

(Beilage.)

Beilage zum Thorner Wochenblatt.

Nr. 39. Dienstag, den 1. April. **1862.**

Rede des Abgeordneten Hrn. v. Hennig-Plonchott in Angelegenheit der Dr. Jutrosinski.*)

Der Fall, auf welchen sich die nachstehende Rede bezieht, ist folgender:

In Posen ist aus Kommunalmitteln eine Realschule gegründet und an derselben ein Lehrer mosaischen Glaubensbekenntnisses angestellt worden. Der letzte Inhaber dieser Stelle war der obengenannte Doktor Jutrosinski, als die städtische Behörde an die Königl. Staats-Regierung das Gesuch stellte, denselben definitiv zu bestätigen. Letztere Behörde erklärte, daß sie Nichts dagegen habe, wenn die Anstellung des Lehrers eine provisorische sei, aber als eine definitive könne sie dieselbe nicht bestätigen, weil — gedachte Schule eine christliche sei.

In Folge dieses Bescheides wandten sich die städtischen Behörden zu Posen an das Abgeordnetenhaus mit der Petition, daß dasselbe die Verpflichtung der Königl. Staatsregierung zur Genehmigung der definitiven Anstellung des Dr. Jutrosinski als wissenschaftlichen Hilfslehrers an der städtischen Realschule zu Posen ausspreche und demgemäß den Unterrichts-Minister zur Genehmigung der definitiven Anstellung des Dr. Jutrosinski aufforderе." — Die Unterrichts-Commission des Abgeordnetenhauses stellte darauf den Antrag, „die Petition der städtischen Behörden zu Posen dem Königl. Staats-Ministerium zur Abhülfe zu überweisen."

Dieser Antrag kam in der 15. Sitz. am 4. März zur Debatte, bei welcher der ehemalige Kultus-Minister Herr v. Bethmann-Hollweg sich bekanntlich gründlichst blamirte. Für den Antrag hielt Herr v. Hennig folgende Rede:

„Meine Herren, wenn ich in dieser Frage das Wort ergreife, so geschieht es mit dem Bewußtsein, daß ihr ein gewisses Maaß von Unerquicklichkeit anklebt. Es ist kein großer Prinzipienkampf, um den es sich hier handelt, es ist nicht ein Kampf, bei dem man ein neues Gesetz empfehlen könnte, es ist nicht ein Kampf, zu dem man die ganze Frische des Gemüths mit heranbringt, weil man gewissermaßen eine neue Idee zu vertheidigen hat. Von allen Gebildeten, im ganzen Volk, in unserer Landesgesetzgebung ist es anerkannt, daß das staatsbürgerliche Recht unabhängig ist von dem religiösen Bekenntniß. Es sind mehr, gestatten Sie mir den Ausdruck, kleine Ungesetzlichkeiten, die so nebenbei und durch allerlei Künste der Sophistik zwischen den Zeilen des Gesetzes hindurch zur Anwendung kommen. Es ist wenig erfreulich, gegen solche Zustände einen Kampf zu führen. Nichtsdestoweniger darf man nicht zurückbeben vor der Unerquicklichkeit der Sache, denn wie der letzte Herr Redner, der eben die Tribüne verlassen, gesagt hat, es hängt an dieser Frage die Zukunft einer Menge von Männern, die nicht nur im Vertrauen auf unsere Landesgesetze, sondern auch im Vertrauen auf die Aussprüche, die von Seiten des Ministeriums hier in diesem Hause gethan worden sind, einen Beruf gewählt zu haben, zu dem sie jahrelange Studien aufgewendet haben, um sich für einen Lebensberuf vorzubereiten, der ihnen eine heilige, ernste Sache ist. Diese Männer trifft mit einem Schlage gegenwärtig eine andere, eine der früheren Auslegung gänzlich widersprechende Erklärung, den gesetzlichen Zuständen entgegen.

Ich glaube das Ministerium hätte wohl Ursache gehabt, auf die Worte Gewicht zu legen, die von der Landesvertretung im vorigen Jahre wegen der reaktionären Beamten hier im Hause ausgesprochen worden sind. Es zeigt sich auch hier in diesem Falle, wie die Herren Minister nicht unabhängig sind von ihren Unterbeamten, denn der Herr Kultus-Minister ist durch einen Rath aus seinem Ministerium, der ihn in der Kommission vertreten hat, allmälig immer weiter und weiter in die Ungesetzlichkeiten und in das Nichthalten der Verfassung hineingebracht worden. (Murren rechts.) Präsident: Ich muß doch die Bemerkung machen, daß das Wort „Ungesetzlichkeit" nicht in der Ordnung sein dürfte. Abgeordneter v. Hennig (fortfahrend): Meine Herren. Der Herr Kultusminister hat im vorigen Jahre ausdrücklich anerkannt, daß die Realschulen fast ohne Ausnahme keinen konfessionellen Charakter hätten. Und daß es also anginge, an ihnen jüdische Lehrer anzustellen; der Herr Regierungs-Kommissarius hat zu derselben Zeit gesagt, daß er den Tag als einen unglücklichen und Verderben bringenden begrüßen müsse, an dem das Princip anerkannt werde, daß Juden an preußischen Schulen als öffentliche Lehrer fungiren könnten. Seine Worte welche in dem Centralblatt der gesammten Unterrichts-Verwaltung veröffentlicht sind, lauten folgendermaßen:

„Es handelt sich jetzt um das Princip der Gleichberechtigung und die Anerkennung desselben würde einen verhängnißvollen Wendepunkt in der Entwickelung des Preußischen Schulwesens bilden."

Nun, meine Herren, diese Aeußerung des Herrn Regierungs-Kommissarius stand doch mit der seines Ministers im allerschroffsten Gegensatz. Der Herr Minister hat gesagt, daß wohl bei den meisten Realschulen, oder vielmehr fast ausnahmslos eine Bestimmung über die Konfession der Lehrer nicht vorhanden wäre. Jetzt ist man wie der Herr Regierungs-Kommissarius in der Kommission gesagt hat, zu dem Standpunkte hingekommen, daß man verlangt, es soll in den Statuten über Begründung der Schulen ausgesprochen sein, daß die Bedingung der Christlichkeit nicht gestellt wäre. Während früher der Herr Minister ausdrücklich anerkannt hat, daß überall, wo Christlichkeit nicht verlangt würde, Juden anstellbar seien, so fordert jetzt der Regierungs-Kommissarius, daß es aber ausdrücklich ausgesprochen sein müsse, und der Herr Minister ist ihm jetzt beigetreten. In seinem Bescheide an den Magistrat in Posen hat der Herr Minister Folgendes gesagt: „Seine (d. h. des Dr. Jutrosinski) definitive Anstellung sei unzuläßig, da nach der Stiftung und den bisherigen Verwaltungen der Realschule nicht angenommen werden könne, daß der für die Wahl der Lehrer maßgebende Charakter einer christlichen Schule ihm abgeht." Nun, meine Herren, derjenige, der darüber ein Urtheil zu fällen hat, was die Stifter einer Schule mit der Stiftung gewollt haben, der wird doch auf die Meinung der Stifter selbst, wenn sie eben noch da sind, einigen Werth legen müssen. Der in Rede stehende Schulenstifter ist die Stadt Posen, und der Magistrat von Posen hat ausdrücklich erklärt, daß er eben die Ansicht gehabt habe, weil in der Stadt Posen so viele jüdische Bürger wären, die eben zu der Fundation der Schule erheblich beigetragen, daß die jüdischen Elemente gleichberechtigt sein sollten. Darauf bezog sich auch meine Aeußerung von vorhin, daß der Herr Minister also seinen früheren Standpunkt verlassen und denjenigen seines Herrn Kommissarius angenommen hätte. Der Herr Kommissarius hat in der Kommission nun den Nachweis versucht, daß die Stiftungs-Urkunde eben eine derartige wäre, daß man annehmen müßte, es sei die Christlichkeit der Schule unbedingt vorausgesetzt. Er sagt, der jüdische Religionslehrer müßte mit den Religionslehren der beiden christlichen Bekenntnisse gleich rangiren, und es müßte Alles, was die Schule für die Pflege des religiösen Unterrichts thut, der jüdischen Partie der Schüler, gleichmäßig wie der christlichen, zu Gute kommen. Was der Herr Kommissarius sich darin gedacht, hat er später angeführt, indem er sich auf ein Schulprogramm beruft und sagt: „In demselben Programme und in allen späteren war auch das Verzeichniß der Lehrer mitgetheilt; sämmtliche evangelische, katholische, Deutsche und Polnische Lehrer seien genannt, 23 an der Zahl, dann komme ein Strich und hinter diesem die Mittheilung, als Religionslehrer für die jüdischen Schüler wäre Dr. Deutsch beschäftigt gewesen." Also darin, daß der Dr. Deutsch unter dem Strich steht, legt der Herr Kommissarius den Hauptwerth, daß dem Dr. Deutsch sein Gehalt aus dem fundirten Etat der Schule gezahlt wird, das ist dem Herrn Regierungs-Kommissarius ganz wesenlos gegenüber dem Strich, der vor Dr. Deutsch steht. Nun aber, meine Herren! sind mir doch ganz eigenthümliche Dinge über diesen Strich zu Ohren gekommen. Mir ist nämlich ein Programm dieser Schule vom 29. März 1860 zugesandt worden; — in diesem ist der Strich noch nicht vorhanden. (Heiterkeit.) Es steht in demselben als 24. Lehrer aufgeführt: „Dr. Moritz Jutrosinski (mosaisch), als Candidatus probandus." Auf Seite 6. desselben Programms heißt es folgendermaßen: „Aus ihrem Verhältnisse zur Realschule sind ausgeschieden und haben Posen verlassen: 1) zu Ostern 1859 der Predigtamts-Kandidat Ihme, um in seinem Vaterlande (Frankreich) ein geistliches Pfarramt zu übernehmen; 2) in der Mitte des November 1859 der jüdische Religionslehrer Dr. Landsberger, um das Landes-Rabinat im Großherzogthum Darmstat zu übernehmen." Hier ist doch ganz ausdrücklich der jüdische Religionslehrer als Mitglied der Lehrerschaft aufgeführt und genannt, und zwar nach dem evangelischen Predigtamts-Kandidaten, welcher aus dem Lehreramte ausgeschieden ist. Mir scheint also der Strich wirklich nicht so bedeutend zu sein, wie es nach den Anführungen des Herrn Regierungs-Kommissar der Fall sein soll.

Außerdem ist mir gesagt worden — ich kann die Nachricht freilich nicht verbürgen, bedaure aber sehr, daß der Herr Regierungs-Kommissar nicht zugegen ist, da er sonst dasjenige, was mir von glaubwürdiger Seite erzählt worden ist, würde bestätigen oder leugnen können — es ist mir gesagt worden, daß derselbe Herr Regierungs-Kommissarius nach Posen an den Direktor dieser Schule geschrieben und ihm dabei angedeutet habe, es wäre doch gar nicht hübsch, daß des jüdischen Lehrers, obschon nicht geleugnet werden könne, daß er aus den Fonds der Schule bezahlt würde, in dem Programm Erwähnung geschähe, und er thäte doch besser, zu bewirken, daß dies in Zukunft unterbleiben möchte.

Das wirft doch ein sehr eigenthümliches Licht auf das ganze Verhältniß.

Außerdem ist mir ferner noch gesagt worden, daß der Herr Regierungs-Kommissar an alle Schulen, in deren Stiftungs-Urkunde nichts darin steht, ob sie einen konfessionellen Charakter haben, die schriftliche Anfrage gerichtet habe, was sie für einen Charakter hätten, ob sie denn christliche Schulen wären oder nichtchristliche Schulen. Natürlich bekam er die Antwort, es wäre eine christliche Schule, und darauf hin sagt er nun: ja, da kann ich keinen jüdischen Lehrer anstellen, denn es ist eine christliche Schule — es geht nicht.

Meine Herren! Ich frage, ist das Recht? Ist das Billigkeit?

Der Herr Präsident hat vorhin einen Ausdruck gerügt, welchen ich gebraucht habe: man dürfe von keinem Minister sagen, daß er ungesetzlich handele; ich muß mich daher einer näheren Bezeichnung, obschon es zwar nur ein Kommissarius ist, vollständig enthalten. (Heiterkeit.)

Meine Herren! Die Verfassung ist ganz einfach, und wenn man sich irgendwie die Mühe gäbe, sie ebenso einfach aufzufassen, wie sie gemeint war, dann würde gewiß Niemand in irgend welche Schwierigkeit mit ihrer Auslegung kommen. Nur diejenigen, denen die Verfassung und ihre klaren Bestimmungen nicht recht sind, die geben sich Mühe — und haben auch Veranlassung dazu — allerlei hineinzulegen und daran herumzudeuteln, es möge herkommen, woher es wolle.

Der Artikel 104 lautet doch ganz ausdrücklich: „Die öffentlichen Aemter sind unter Einhaltung

*) Mehrseitig wurden wir ersucht die bezeichnete Rede aus dem stenographischen Bericht über die Abgeordnetenhaussitzungen durch unser Blatt wörtlich wiederzugeben. Wir entsprechen hiemit dem Wunsche. Die Redaktion.

der von dem Gesetze festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich."

Wenn nun Jemand, der eben daran gewöhnt ist, die Gesetze nach ihrem Wortlaute und nach ihrem einfachen Sinne aufzufassen, dieses liest, so ist doch ganz natürlich, daß er denkt, wenn du dich vorbereitest für ein Staats-Amt und die nöthige Prüfung ablegst, so wird dir nachher auch, wenn du eben die gesetzlichen Bedingungen erfüllt hast, das Amt zugetheilt werden. — Wir haben es aber leider gesehen, daß diese Verfassungs-Bestimmung neuerdings etwas anders gehandhabt wird. Unter der früheren so viel verkannten Regierung, der glücklich beseitigten — da hat man ganz einfach gesagt: nein, daran kehren wir uns nicht; das steht zwar in der Verfassung, aber das wollen wir nicht haben und das thun wir auch nicht. Da war doch wirklich ein Sinn darin, da wurde wenigstens Niemand irre geführt. (Heiterkeit.)

Was geschieht aber heute? Heute sagt der Herr Minister in der Kammer: „überall, wo die Stiftungs-Urkunde es nicht verbietet, da dürfe ein jüdischer Schulamts-Kandidat angestellt werden." Wenn nun aber ein solcher kommt und angestellt werden will, dann wird vorerst die Schule gefragt, ob sie eine christliche sei; wenn sie nun sagt, sie sei eine christliche, so wird der jüdische Kandidat nicht angestellt, und wenn man diese Erklärung nicht herausbekommen kann, so wird, wie im vorliegenden Falle überall herumgedeutelt und schließlich sagt der Herr Minister Folgendes: Da sich aus der bisherigen „Wahl der Lehrer" der maßgebende Charakter einer christlichen Schule ergebe. Ja meine Herren, — „Wahl der Lehrer!" — an der Posener Realschule ist ja immerfort ein jüdischer Religionslehrer gewesen, nur daß er später unter den Strich gekommen ist. (Heiterkeit.)

Aber dafür kann er ja doch nicht.

Meine Herren, die Sache hat ihre sehr ernste Seite. Bedenken Sie, daß es keine kleine Anzahl befähigter Männer ist, die auf solche Weise von der Ausübung ihres Berufs ausgeschlossen wird. Mir selbst ist ein junger Schulmann persönlich bekannt, der außerordentlich befähigt ist für sein Fach, er ist unter dem vorigen Regiment nach Wien gegangen, um dort in der Stellung eines Privatlehrers seine Kenntnisse zur Geltung zu bringen.

Als nun die sogenannte neue Aera anbrach, da glaubte er, daß es Ernst sei mit dem Halten der Verfassung und kam hierher zurück; da wurde ihm nun gesagt, daß er erst sein Probejahr ablegen müsse. Er ging deshalb zu einem der Herren Schulräthe in der Provinz und meldete sich mit dem Gesuche, er möchte gern sein Probejahr ablegen; er legte seine Zeugnisse vor, welche der Herr Schulrath ausgezeichnet fand.

Ich muß nämlich hinzufügen: der Mann sieht gar nicht jüdisch aus und spricht auch gar nicht jüdisch. Der Herr Schulrath hatte also offenbar nicht bemerkt, daß er ein Jude war, er war daher außerordentlich freundlich und sagte ihm, es wäre sehr schön und er werde veranlassen, daß er recht bald sein Probejahr abmachen könne. Als nun der Mann später sich veranlaßt fand, dem Herrn Schulrath mitzutheilen, daß er ein Jude sei, da äußerte der Herr Schulrath, ja, er möge sich nur an einen der Schuldirektoren wenden und da die Ferien vor der Thür seien, so bitte er ihn, dies nur recht schnell zu thun. Als er aber zu einem Schuldirektor kam, sagte dieser ihm, derselbe Herr Schulrath, der ihn zu ihm gewiesen, habe ein Verbot erlassen, nach welchem die Direktoren Niemand ohne seine Erlaubniß bei der Schule zum Probejahr annehmen dürften.

Meine Herren das sind die Resultate, wenn man an der Verfassung herumdeutelt und sie auf alle Weise zu umgehen sucht, dann muß man sich solche Blößen geben. Es ist traurig, daß so etwas in Preußen noch möglich ist!

(Lebhafte Zustimmungen und Bravo! links.)

Inserate.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei